Nr. 177 20. Jahrg.
Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Donnerstag, 4. August 1921
Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit illustrierter Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M einschließlich Postbestellgeld. Preis der Einzelnummer 80 ₰.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile aller Anzeigen 1.40 M, im Reklameteil 3.50 M. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Programmschmerzen der Sozialdemokratie

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Wohl kaum eine andere Partei im deutschen Vaterlande ist durch die Revolution und die nach ihr folgenden politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Umgestaltungen so sehr in Mitleidenschaft gezogen worden, wie die Mehrheitssozialdemokratie. Sie ist äußerlich und innerlich gespalten, und der Zersetzungsprozeß hätte einen viel größeren Umfang genommen, wenn nicht die harten Gesetze des Krieges die zersetzende Agitation, die von den abgesplitterten Gruppen betrieben wurde, erheblich eingeschränkt hätten! Es konnte auch nicht ausbleiben, daß gerade die Sozialdemokratie die schwersten inneren Wandlungen durchmachen mußte, nachdem sie gezwungen war, ihre Theorien in die Praxis umzusetzen. Das Gros der alten Sozialdemokraten hat den demokratischen Gedanken unter vielen Widerwärtigkeiten hochgehalten. Die Schwierigkeiten vervielfältigten sich aber in Betrachtung der Tatsache, daß die Sozialdemokraten früher in reiner Oppositionsstellung standen und dadurch auf die Pflege dieses demokratischen Gedankens keinen Wert legten. Das rächte sich nun bitterlich. Von der sozialdemokratischen Masse verlangte man nun eine plötzliche Neuorientierung, die nach aller voraufgegangenen Agitation, wie überhaupt nach der politischen Orientierung der Wählerschaft ohne schwerste innere Krise gar nicht herbeizuführen war. Dazu kam, daß eine unreife Wählerschaft sofort von der Sozialdemokratie geradezu politische und wirtschaftliche Wunder erwartete, daß sie es gar nicht verstehen konnte, daß die Sozialdemokratie, nun einmal zur uneingeschränkten Macht gelangt, nicht die Fähigkeit haben sollte, alle sozialdemokratischen Wünsche und Forderungen gegen Bourgeoisie und Kapitalismus in die Tat umzusetzen.

Keine andere Partei hat es schmerzlicher erfahren als die Sozialdemokratie, wie bitter es ist, theoretischen Wünschen und Forderungen die reale Tat folgen zu lassen. Die radikalen Gruppen, diejenigen, die glaubten, die Macht nützen zu sollen und zu können bis zur restlosen praktischen Verwirklichung eingebildeter oder wirklicher Ansprüche, schieden sich unter heftigen Kämpfen von der Mutterpartei. Die schiefe Bahn, die einmal betreten war, führte immer weiter abwärts. Und so sehen wir neben radikalen Gebilden überradikale Formationen entstehen, die sich gegenseitig in wildem, gehässigem Kampfe befehdeten und die alles daran setzten, um die Massen durch Ueberbieten in radikalen Forderungen zu übertreffen. Wir erlebten dann die Propaganda der Tat, den Kommunismus, den Bolschewismus, und alle zusammen arteten schließlich in Anarchismus und Syndikalismus aus.

In solche aufreizender und aufpeitschender Strömung, die das gesamte politische, aber auch wirtschaftliche Gebiet umfaßt und durcheinander schüttelt, suchte die Sozialdemokratische Partei durch neues Programm sich festen Boden unter den Füßen zu schaffen. Das Erfurter Programm war gewissermaßen ein Glaubensbekenntnis, aber es bildete kein Mittel für die praktische Arbeit. Es gab Richtlinien, mehr agitatorischer Natur, die gut sein mochten zur Interessierung, Gewinnung und, mag man auch sagen, zur Begeisterung großer, zu ehrenem Urteil unfähiger Massen. Daß die kleinen Geister der Sozialdemokratischen Partei diese Richtlinien zu einer Aufpeitschung und Aufhetzung der Gemüter benutzen, soll ihnen nicht ohne weiteres verdacht werden. Sie alle sind mit diesem Beginnen heute unter die Räder gekommen. Nun will die Sozialdemokratie sich für ihre politischparlamentarische, wirtschaftliche und vor allem agitatorische Arbeit im Lande und Volk feste Ziele stecken, die den veränderten Verhältnissen angepaßt sind. Die vor allem der Tatsache Rechnung tragen sollen, daß heute die Sozialdemokratie ein mitbestimmender Faktor in unserem gesamten politischen und wirtschaftlichen Leben geworden ist. Ob wir das beklagen oder nicht, steht hier nicht zur Rede, wir müssen mit festen politischen und wirtschaftlichen Tatsachen nun einmal rechnen.

Aber schon der Versuch, eine solche Basis für praktische Arbeit sich zu schaffen, ist für die Sozialdemokratie ungemein schwer geworden, ja, man darf den ersten Versuch, der sich jetzt in der Abfassung eines Programms äußert, als gescheitert betrachten. Dieser erste Entwurf ist nur von den sogenannten Parteigrößen angefertigt und begutachtet worden. Seine Veröffentlichung hat nicht nur bei den Parteiorganisationen und der Parteipresse, sondern selbst bei führenden Persönlichkeiten der Mehrheitssozialdemokratie eine herbe Kritik erfahren. Man sah mit einem Male, wie wenig Verbindung diese Programmsätze mit den lebendigen Kräften des Volkes, und, vom sozialdemokratischen Standpunkte aus gesehen, mit den Anhängern der Sozialdemokratie im Lande und ihren wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Wünschen hatten. Die Sozialdemokratie beabsichtigte, diesen Programmentwurf schon auf ihrem diesjährigen Görlitzer Parteitage zur Debatte und zur Entscheidung zu stellen. Sie ist jedoch inzwischen von diesem Plane abgekommen, denn man hat eingesehen, daß es unmöglich ist, ein solches Programm, das mehr oder minder ein Mischmasch von Phrasen darstellt, einer immerhin nach Millionen zählenden Wählerschaft aufzupfropfen. Man wird daher auch jetzt noch keine Entscheidung über das sozialdemokratische Programm vornehmen. Vielmehr wird der Görlitzer Parteitag nur mit den Grundlinien dieses Programms sich beschäftigen. Diese werden dann den Parteiorganisationen im Lande zur Diskussion und Begutachtung vorgelegt, und die Summe der Aeußerungen wird dann zur Basis für das endgültige Programm genommen. Das Schicksal, das die Programmberatungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei nehmen, ist ungemein lehrreich, und zwar für alle. Parteiprogramme stampft man nicht aus dem Boden, Programme verfaßt man nicht, Programme diktiert man nicht, Programme werden. Sie werden von innen heraus, aus dem ganzen Geist der Verhältnisse und aus ihrem ursächlichen Zusammenhange. Der Sozialdemokratie wird es ungemein schwer, von den alten Traditionen, namentlich aber auch von denen ihrer Agitation sich frei zu machen. In dieser Hinsicht schleppt sie Ketten mit sich, deren sie auch durch ein noch sowohl gefaßtes Programm nicht ledig werden kann. Es bedeutet geradezu ein politisches Problem, wie die Sozialdemokratie mit ihren Programmschmerzen zuwege kommt, und wie sie, entgegen einer fruchtlosen, oppositionellen und nur niederreißenden Kritik von ehedem das Verhältnis zu aufbauender praktischer Arbeit im Staate und nicht allein für die Partei, sondern für das ganze Volk gewinnt.

Ultimatum und Deutsche Volkspartei

Unter obiger Ueberschrift ergreift nun auch der Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Stresemann, das Wort, um zu den von ihm gelegentlich des Londoner Ultimatums geführten Verhandlungen mit der englischen Botschaft bezw. der englischen Regierung Stellung zu nehmen. Abg. Stresemann betont dabei u. a., daß von einem Briefwechsel zwischen Lloyd George und ihm, wie es in der amerikanischen Darstellung, der bekannten Veröffentlichung des „New York Herald", gelautet hat, keine Rede sein könne, ebensowenig von Unterredungen zwischen Lloyd George mit ihm noch mit einem anderen deutschen Politiker oder Staatsmann. Es habe sich lediglich um einen Austausch von Fragen und Antworten in der Form eines Memorandums gehandelt, das an die Berliner englische Botschaft gerichtet und von dieser an das Auswärtige Amt in London weiter geleitet worden sei. Die Antwort selbst sei dann einen Tag nach der Annahme des Ultimatums ihm, dem Abg. Stresemann, von dem Berliner britischen Botschafter mündlich erteilt worden. Da diese Antwort in der nächsten Zeit, besonders bei der bevorstehenden neuen Botschafterkonferenz doch immerhin noch von Bedeutung ist und auch bei dieser Gelegenheit und vielleicht noch, wenn es Frankreich gelingen sollte, die Sanktionen noch weiter aufrecht zu erhalten, künftig eine gewisse Rolle spielen wird, so möchten wir sie doch nach den Ausführungen des Abg. Stresemann hier auffügen: „Die Antwort war in Bezug auf die Stellungnahme der englischen Regierung zu der Frage der Aufhebung der Sanktionen einwandfrei zufriedenstellend, betonte bezüglich Oberschlesiens die Bedeutung der wirtschaftlichen Interessen, deren sich England bewußt sei, und verwies im übrigen auf eine lojale und gerechte Anwendung des Friedensvertrages von Versailles. Zufriedenstellend war, was die englische Stellungnahme anbetrifft, weiter die Antwort der britischen Regierung wegen der weiteren beiden Fragen, die sich auf wirtschaftliche Bestimmungen des Ultimatums bezogen."

Doch das nur nebenbei. Uns interessiert an den Ausführungen Stresemanns das, was er über die Stellung des Zentrums zum Ultimatum sagt. Nach seiner Darstellung ist von ihm „die Anregung", festzustellen, ob bei Annahme des Ultimatums Zugeständnisse der Entente, namentlich wegen Aufgabe der Sanktionen und betreffend Oberschlesien zu erlangen sein würden, erst in der interfraktionellen Besprechung am Sonntag den 8. Mai zur Sprache gebracht worden. Als „aus den Erklärungen des Zentrums in dieser Sitzung hervorging, daß die Zentrumsfraktion geschlossen für die Annahme des Ultimatums selbst als gesichert anzusehen war, empfahl ich", so führt Abg. Stresemann weiter aus, „zum mindesten nicht bedingungslos das Ultimatum hinzunehmen, sondern über vier von mir gestellte Fragen eine Antwort der Entente herbeizuführen. Da der Vorschlag leider nicht allgemeine Zustimmung fand, sondern aus den Verhandlungen hervorging, daß die Zentrumsfraktion ihr Ja aussprechen würde, wurde diese Verhandlung nicht seitens der Koalitionsparteien erzwungen, sondern es blieb mir nur übrig, persönlich eine Stellungnahme herbeizuführen, soweit dies innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit noch möglich war." Diese erfolgte dann, wie schon oben erwähnt, durch Vermittlung des ersten Botschaftsrates der englischen Botschaft: — der Botschafter selbst, Lord d'Abernon, war damals gar nicht in Berlin anwesend.

Was nun die Annahme des Ultimatums durch das Zentrum anlangt, so hat sich allerdings ein großer Teil der Partei für die Annahme ausgesprochen, aber eine endgültige Stellungnahme hatte sich die Partei, das war — soweit wir unterrichtet sind — der Wunsch aller Abgeordneten, vorbehalten, und ein endgültiger Beschluß wurde tatsächlich erst am Mittwoch vormittag gefaßt. Man ging im Zentrum von dem Gesichtspunkte aus, daß eine Ablehnung des Ultimatums nur noch schlimmere Folgen für Deutschland haben und größere Repressalien nach sich ziehen würde und daß Deutschland unter dem Druck der Entente schließlich doch nachgeben müßte, womöglich noch unter wieder verschärften Bedingungen. Dann dürfte man sich aber andererseits sagen — und das ist, soweit wir unterrichtet sind, auch die Ansicht der gesamten Zentrumsfraktion gewesen, und bei den Erörterungen wiederholt in die Debatte geworfen worden — daß mit Annahme des Ultimatums das Pariser Abkommen mit seinen in Gefolgschaft getretenen Sanktionen von selbst hinfällig würde, also die Annahme des Londoner Ultimatums automatisch die Aufhebung dieser Sanktionen nach sich ziehen würde. Es war dies, wie wir aus der später eingetroffenen Antwort der englischen Regierung ersehen, eine berechtigte Annahme, deren Verwirklichung bisher gegen den Willen Englands und Italiens nur durch Frankreich verhindert wurde.

Wenn nun aber der Abgeordnete Stresemann betont, daß die Zentrumsfraktion, wie aus den Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuß am 8. Mai hervorging, uneingeschränkt ihr Ja aussprechen würde, so kann dies — gewollt oder ungewollt — doch zu leicht zu Mißverständnissen führen, und noch nachträglich geeignet erscheinen, die damalige Zentrumspolitik in ein schiefes und falsches Licht zu rücken. Das Ultimatum, das am 6. Mai von der Entente Deutschland überreicht wurde, stellte bekanntlich sechs Tage Frist bis zur Annahme und betonte zu wiederholten Malen, daß die deutsche Regierung „ohne Vorbehalt und ohne Bedingungen" ihre Entscheidung innerhalb dieser sechs Tage wissen lassen müßte. Es konnte also nur von einer Annahme oder einer Ablehnung des Ultimatums die Rede sein, und auf eine Annahme unter Bedingungen oder unter gewissen Vorbehalten würde sich die Entente, das haben doch ähnliche frühere Vorkommnisse gezeigt, gar nicht eingelassen haben. Es war also vom Zentrum die einzig richtige Politik, wenn es einmal zu der Ansicht gekommen war, daß das Ultimatum angenommen werden müßte — und dieser Weg hat sich bisher nicht als verfehlt gezeigt — diese Annahme uneingeschränkt und bedingungslos vorzunehmen. Alle anderen Wege hätten nur zu einer Erschwerung der Situation und einer weiteren Verwirrung der Lage geführt. Denn wir müssen auch bedenken, daß es in jenen Tagen galt, möglichst schnell ein Kabinett zu sichern, da die alte Regierung Fehrenbach die Geschäfte ja nur provisorisch führte. Diese Kabinettsbildung hätte sich aber zweifellos durch offizielle Unterhandlungen mit der Entente, oder hier besser gesagt, „bedingte Annahme des Ultimatums" noch weiter verzögert und die Lage selbst wäre noch weiter unnötig erschwert worden. Daß zudem hinter den Kulissen ebenfalls im Sinne der Stresemannschen Fragestellung unverbindliche Unterhandlungen zwischen den Vertrauensleuten beider Parteien geführt wurden, das darf man wohl als sicher annehmen. Es blieb also — das sei nochmals betont — für das Zentrum in jenen Tagen nur eine bedingungslose Annahme oder eine strikte Ablehnung des Londoner Ultimatums übrig. Und hier war es immerhin ein großes Opfer der Partei, aber auch ein großes Verdienst um das deutsche Vaterland, daß sich die Zentrumspartei, wenn auch schweren Herzens, für die Annahme des Ultimatums aussprach. Das bei dieser Gelegenheit nochmals zu betonen, dürfte gerade gegenüber den obigen Veröffentlichungen Stresemanns geboten erscheinen.

Eine Rede des Reichskanzlers in Bremen

Bremen, 2. August. In einer von etwa 5000 Menschen besuchten öffentlichen Versammlung, die von der Handelskammer Bremen einberufen war, sprach heute Reichskanzler Dr. Wirth über die wirtschaftliche und politische Lage.

In kurzen Begrüßungsworten drückte Vizepräsident der Handelskammer Nebelthau die Freude aus, den süddeutschen Landsmann und höchsten Beamten des Reiches in Bremen zu sehen, der durch sein Erscheinen das Interesse für die alte Hansestadt am Weserstrom und damit für die kommerzielle Weltstellung Deutschlands bekunde. Die Stunde sei überaus ernst. Viele der Gegner versuchten, das deutsche Streben, durch Arbeit und Pflichterfüllung wieder emporzukommen, neuerlich zu vereiteln. Bremens Bürgerschaft sei bereit, sich um die Reichsregierung zu scharen und mit ihr in die Welt hinauszurufen: Das deutsche Volk will sein gutes Recht, nicht mehr.

Hierauf ergriff der Reichskanzler das Wort zu folgenden Ausführungen: Ich will keine Rede der Resignation, sondern der Ermunterung halten. Die Losung heißt:

Durch Arbeit zur Freiheit!

Es handelt sich nicht um vergangene Illusionen der Macht, sondern um die Ueberzeugung, daß der Kern der Weltgeschichte ein moralischer ist. Bremen muß der Ausgangspunkt auch für die Gesundung des Welthandels sein. Dieses Wiederaufblühen ist nur möglich unter dem Gedanken des Rechtes, nicht unter dem Gedanken der Macht. Wohin der Machtgedanke führt, zeigt das traurige Schauspiel Oberschlesiens. Jede Stimme des Rechtes begrüßen wir mit Dank, ob sie von jenseits des Ozeans oder von jenseits des Kanals zu uns herüber kommt. Mit Dankbarkeit hören wir, daß aus dem Munde fremder Staatsmänner der Gedanke von Glück und Wohlfahrt der Völker wieder einmal öffentlich zum Ausdruck kommt. Es wäre eine Sabotage des großen demokratischen Ideals der Welt, wenn nicht das Recht, sondern die Diktatur Korfantys in Oberschlesien zur Geltung käme. Alle Mächte moralischer Natur rufen mit ehernner Stimme in die Welt hinaus: Rettet den Gedanken der Selbstbestimmung der Völker, der Demokratie und der Freiheit, wenn ihr das unglückliche Europa nicht endgültig dem Untergang weihen wollt! Sieben Jahre sind dahin gegangen seit der Unglücksstunde jenes ersten Ultimatums. Soll das neue Ultimatum neue Zerstörungen über Europa bringen? Europa kann nicht noch einmal durch neuen Wirrwarr hindurch geführt werden. Todesschatten lagern über dem Kontinent, der der Bringer des Lichtes und der Freiheit für die ganze Welt sein müßte. Leider regieren in Warschau politische Leidenschaft und grenzenloser Hochmut, der die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will. Bremen war einer der Orte, von denen die deutsche Kultur und deutsche Arbeit in die Länder des Ostens getragen wurden. Deutsche Kultur, deutsche Zivilisation und deutsche Wohlfahrtseinrichtungen stehen in Oberschlesien auf dem Spiel. Oberschlesien hat unter der deutschen demokratischen Freiheit andere Tage gehabt, als unter der Herrschaft polnischer Nationalisten. Bremens Arbeiterschaft und Kaufmannschaft muß zusammenstehen mit der Reichsregierung in der Verteidigung der großen und einheitlichen Richtlinien der Reichspolitik, die geleitet sind von dem Gedanken der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegen das Ausland, geleitet von dem großen Gedanken der Arbeit, des Rechtes und der sozialen Wohlfahrt. Das Vertrauen Deutschlands, daß mit ihm ein faires Spiel getrieben wird, das Vertrauen in die europäische Solidarität, das gemeinsame Interesse aller Völker an Freiheit und Demokratie darf nicht enttäuscht werden.

Die Verhandlungen über Oberschlesien

Paris, 2. August. Pertinax berichtet über die Verhandlungen des Sachverständigen-Ausschusses, der die Aufgabe hat, die deutsch-polnische Grenzfrage zu beraten. Die Sachverständigen erörterten den Text des Vertrags und prüften die Arbeiten derer, die sich vorher mit der Frage befaßt hatten, d. h. den ersten englisch-italienischen Vorschlag von General Marini und Oberst Percival, der von dem Gedanken ausgeht, daß die Industriezone nicht geteilt werden könne, ferner die Vorschläge Korfantys und Leronds, die den vorgenannten Grundsatz zugunsten Polens anwenden, endlich den Vorschlag Sforzas, der zwei Lösungen vorschlägt, erstens diejenige, welche die Einheit des Gebiets aufhebt, und die andere, die den größten Teil Oberschlesiens den Deutschen zusprechen will. Die Sachverständigen gelangten nicht zu einer Einigung. Am Sonnabend machten die englischen Sachverständigen einen Grenzvorschlag, der wenig verschieden sei vom ersten englisch-italienischen Vorschlage und zu den Bezirken von Rybnik und Pleß noch Teile der Kreise Ratibor, Lublinitz und Rosenberg den Polen zuschlagen wolle. Man sei also zum Vorschlage Sforza zurückgekehrt, der doch am günstigsten sei. Gestern unterbreiteten die französischen Sachverständigen Vorschläge, die sich wenig von denen Sforzas unterschieden. Die englischen Sachverständigen sind vom gegenwärtigen Minister des Aeußeren ermächtigt worden,

SLUB
Wir führen Wissen.